

BASTA!

+++ACHTUNG: PROPAGANDA +++ACHTUNG: PROPAGANDA +++ACHTUNG: PROPAGANDA +++ACHTUNG: PROPAGANDA +++ACHTUNG: P

AUCH NACH 50 JAHREN: WEG MIT DEM KPD-VERBOT!

Im August 1956 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verboten. Heute, 50 Jahre danach, hat sich das KPD-Verbot und seine Folgen als Zäsur in der Entwicklung der Bundesrepublik herausgestellt. Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 wurde Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt. Im Potsdamer Abkommen wurde noch als Ziel festgehalten, dass die Besatzungsmächte den deutschen Militarismus und Nazismus ausrotten wollten. Doch statt zusammen dafür zu arbeiten wandelte sich die Politik der Westmächte zur Konfrontation der Sowjetunion gegenüber. Ideologisch, ökonomisch und militärisch wurde eine antikommunistische Offensive gestartet. Diese weltpolitische Auseinandersetzung spiegelte sich in der Entwicklung Deutschlands besonders zugespitzt wieder. Das Verbot der KPD wurde vor allem damit begründet, dass die politische Zielstellung der KPD und deren marxistisch-leninistische Grundlagen verfassungswidrig seien. Tatsächlich wurde die KPD verboten, weil sie als konsequenteste Organisation gegen die Restaurierung und Militarisierung Deutschlands auftrat. Für Richter und Staatsanwälte, meist aus konservativen Kreisen stammend, waren die Kommunisten seit der Novemberrevolution 1918 der Staatsfeind Nr. 1 und viele standen noch auf den Gehaltslisten Nazi-Deutschlands.

VERANSTALTUNGSHINWEIS: „ANTIKOMMUNIS IST DIE GRUNDTORHEIT UNSERER EPOCHE“

Zum 50. Jahrestag des KPD-Verbotes lädt die SDAJ-Berlin den Zeitzeugen **JUPP MALLMANN**, der in der illegalen KPD arbeitete. Im Gespräch wird er über seine Erfahrungen in der Illegalität berichten.

DI, 27. JUNI 19.30 UHR CHILE-FREUND-SCHAFTSGESELLSCHAFT JONASSTR. 29 (U-HERMANNSTR.)

Fortsetzung von Seite 1

darunter auch 25 Neonazis, gar nicht aus. Die Vertreter der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde waren rassistischen Anfeindungen ausgesetzt und in Sprechchören wie „Wir sind das Volk“ und „Wir wollen kein zweites Kreuzberg“ paarte sich Rassismus mit dem dumpfen Demokratieverständnis deutscher Gartenzüchter. Selbst die Lokalpolitiker, welche nicht gegen die Moschee auftraten, mussten unter Polizeischutz die Versammlung verlassen. All dies geht einher mit der unmenschlichen Berliner Asylpolitik. Tausende sind in Berlin täglich von Abschiebung bedroht, erhalten nicht das Recht zu arbeiten und sind gesellschaftlich völlig ausgegrenzt. Gerade diesen Menschen wirft man nun Integrationsunwillen, Schwarzarbeit oder den dreisten Diebstahl deutscher Arbeitsplätze vor. Im Mai hat sich nun gezeigt, dass sich Migranten und Flüchtlinge nicht einmal auf die Linkspartei als Interessensvertretung zweifelsfrei verlassen können. Bei der Abstimmung über die von Abschiebung bedrohte Familie Aydin enthielten sich die Linksparteiabgeordneten kurzerhand der Stimme oder erschienen erst gar nicht zur Abstimmung – die SPD stimmte zusammen mit der Union für die Abschiebung.

KRIMINALISIERUNG BERLINER ANTIFASCHISTEN

Wo ist also der „Aufstand der Anständigen“? Meist stehen gegen Nazidemos und Provokationen nur die jungen AntifaschistInnen verschiedenster Organisationen, aber vor allem die der antifaschistischen Aktion, auf. Anstatt dieses Engagement gegen rechte Gewalt zu fördern, werden Antifaschisten schikaniert und kriminalisiert. Ähnlich wie zu Zeiten des Kalten Krieges in der BRD das Auftreten für Frieden und gegen Aufrüstung Anlass für Überwachung und Repression war, wird heute das Wort „Antifaschist“ wie ein Synonym für Gewalttäter oder Chaot gebraucht. Aus dieser Haltung heraus wird der „Verein der Verfolgten des Naziregimes“ auch vom Verfassungsschutz überwacht und bekannte Anti-

faschisten vor Demonstrationen angeschrieben und bei Besuch der Demo mit Verhaftung bedroht. Berlin tut seinen Teil dazu, dass Neonazis öffentlich mehr Raum gewinnen. So wurden bei einer NPD-Demo mit 50 Teilnehmern und 150 Gegendemonstranten 600 gepanzerte Polizisten aufgeboten, die die Antifaschisten einkesselten und die Transparente angriffen. Ohnehin ist die Polizei viel zu oft auf dem rechten Auge blind. In Zeiten patriotischen WM-Fiebers wird der Hitlergruß wieder öffentlich salonfähig.

NICHT AUF DEN „AUFSTAND DER ANSTÄNDIGEN“ WARTEN

Wowereit sollte mit seinem „Aufstand der Anständigen“ beim Wort genommen werden. Er soll seinen großen Worte Taten folgen lassen. Solange die „anständigen“ Politiker der etablierten Parteien aber durch ihre Ausgrenzung von Migranten, ihre Propaganda gegen „integrationsunwillige Ausländer“ und „linke Chaoten“ und durch die Kriminalisierung Berliner Antifaschisten den Neonazis in die Hände spielen, dürfen wir nicht auf Wowereits „Aufstand der Anständigen“ warten. Wir, die wir aus der Geschichte gelernt haben, müssen jetzt gegen Neofaschisten vorgehen. Geht auf die Straße und schließt euch an! Widerstand lohnt sich – bevor man selbst zum Opfer geworden ist!

ES REICHT.



ZEIT SICH ZU WEHREN.

VORWÄRTS MIT BOLIVIEN!

WÄHREND IN DER BUNDESREPUBLIK DIE PRIVATISIERUNG DES ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS VORANGETRIEBEN WIRD, MAN BERLINER WASSER, DRESDNER WOHNUNGEN UND DAS GESUNDHEITSWESEN AN PRIVATE PROFITGEIER VERHÖKERT, ZEIGT UNS DER PRÄSIDENT BOLIVIENS, EVO MORALES, DASS ES AUCH ANDERS GEHT.

Am 1. Mai dieses Jahres begann die Regierung Boliviens das Wahlversprechen einzuhalten, die bolivianische Bevölkerung an den Erträgen des Rohstoffabbaus zu beteiligen. Und das ist auch bitter nötig, denn für die etwa 70% der unter der Armutsgrenze lebenden Bolivianer hatte sich die Situation unter der vorherigen liberalen Regierung nur verschlechtert.

Daher wurden die wichtigsten Erdgasfelder und Ölraffinerien besetzt und die Aktienanteile der großen ausländischen Unternehmen an den Förderbetrieben gingen in den Staatsbesitz über, um im Sinne der Bolivianer verwaltet zu werden, deren Interessen im Zuge der Privatisierung des Rohstoffabbaus völlig unberücksichtigt blieben.

CONTRA AUSLÄNDISCHE KONZERNE

Nach 180 Tagen sollen die Vertrags- und Förderungsbedingungen mit den ausländischen Konzernen neu verhandelt werden, die Aktienmehrheit bleibt aber bei dem staatlichen Konzern YPFB. Das stößt im kapitalistischen Ausland natürlich auf Ablehnung. Betroffen sind British Gas, BP, Total, der US-Ölriese Exxon, die brasilianische Petrobras und das spanisch-argentinische Unternehmen Rapsol. Aus all diesen Nationen hagelt es Kritik, denn der Verlust ist deshalb besonders problematisch, da Bolivien über die zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas verfügt. Auch in Deutschland sieht man den antineoliberalen Kurs der bolivianischen Linken nicht gern. Außenminister Steinmeier „beobachte[t] die Entwicklung mit Besorgnis“ und der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU wettet:

„Die Stärkung der Armutsbekämpfung wird nur durch soziale Marktwirtschaft und die Stärkung der demokratischen Institutionen erfolgreich umzusetzen sein. Die Entwicklungspolitik muss mit aller Kraft dazu beitragen, den Menschen statt populistischer Parolen eine zukunftsorientierte Alternative aufzuzeigen.“

Merkwürdig ist in diesem Zusammenhang nur, dass gerade dieses Konzept der sozialen Marktwirtschaft nur als populistische Parole gebraucht wird. Mit Deutschland geht es abwärts, die Armut wächst. Da sollte man misstrauisch werden, wenn deutsche Bierbauchpolitiker die Nase rümpfen über den antikapitalistischen Weg eines Entwicklungslandes, dass mit sozialen Programmen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und ein Jahresdurchschnittseinkommen von 900\$ pro Kopf angeht.

BETEILIGUNG DER ARMEN BEVÖLKERUNG AM ABBAU DER NATÜRLICHEN ROHSTOFFVORKOMMEN MACHT SINN

Auch der Leiter der Hilfsorganisation Misereor, Bischof Werner Thissen betont: „Wenn der demokratisch gewählte Präsident Boliviens, Evo Morales, ankündigt, die bestehenden Verträge mit ausländischen Investoren neu zu gestalten und damit eine angemessene Beteiligung der armen Bevölkerung am Abbau der natürlichen Rohstoffvorkommen erreichen zu wollen, dann ergibt das entwicklungspolitisch durchaus einen Sinn.“ Tatsächlich erhöhen die Landeseinnahmen sofort um 3%! **ALSO VORWÄRTS MIT BOLIVIEN!**

EINSTELLUNGSSTOPPS IM ÖFFENTLICHEN DIENST DANK HARTZ IV

JEDER 1-EURO-JOBBER IM ÖFFENTLICHEN DIENST BEDEUTET ARBEITSPLATZVERNICHUNG – DIE STADT BERLIN MACHT HIERVON REICHLICH GEBRAUCH.

Wer vor wenigen Jahren noch eine Ausbildung im Öffentlichen Dienst absolvierte, konnte sich einer Übernahme nach der Ausbildung im Grunde sicher sein. Doch die Zeiten sind vorbei. Derzeit ist im Berliner Dienst ein Einstellungsstopp ausgerufen. Den Grund dafür sieht die stellvertretende ver.di-Vorsitzende in Neukölln, Marga Richter Baier, in der Einführung von 1-Euro-Jobs. So werden in ihrem Bezirk derzeit ca. 400 1-Euro-Jobber beschäftigt, die zum Beispiel Arbeiten von Erzieherinnen übernehmen – zum Teil ohne über eine entsprechende Qualifikation zu verfügen. Die Folge: Reguläre Arbeitsplätze werden verdrängt. Hartz IV-Empfänger werden also gezwungen, Arbeitsplätze zu vernichten und werden als Lohndrucker missbraucht. Unter einem besonderen Druck stehen dabei junge Hartz IV-Empfänger – also jeder Jugendliche der keine Ausbildungsstelle nach der Schule bekommen hat oder nach der Ausbildung nicht übernommen wird. So müssen junge Hartz IV-Empfänger seit Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze JEDE Arbeit annehmen, da sie ansonsten mit sofortigem Leistungsentzug rechnen müssen. Verschärft wurde diese Regelung nun durch die Bundesregierung. Jetzt sind erwerbslose Jugendliche zudem noch gezwungen, nicht aus ihrem Elternhaus auszuziehen. Doch diese verordnete „Stallpflicht“ scheint nicht das Ende der Fahnenstange zu sein. Schon prescht der Vizechef der Jungen Union Bayerns und Mitglied des Bundestages, Stefan Müller, mit der Forderung nach einer 40-Stunden-Woche für Hartz IV-Empfänger vor. Somit ist die nächste große Arbeitsplatzvernichtung im Öffentlichen Dienst bereits in greifbarer Nähe.

SDAJ?

Wer wir sind & was wir wollen

Täglich wird Dir eingetrichtert, dass Du zu faul oder unflexibel bist, wenn Du in der Schule auf der Strecke bleibst, bei der Ausbildungsplatzvergabe leer ausgehst oder von Deinem Chef auf die Straße gesetzt wirst. Wir aber haben es satt, dass die Banken & Konzerne immer fettere Gewinne einfahren, während uns das Recht auf Arbeit und Ausbildung verweigert wird. Wir sehen nicht ein, warum der Staat Milliarden in die Rüstung pumpt, während wir auf Jugendzentren, Lernmittelfreiheit und Studium verzichten müssen. Wir wollen keine 1-Euro-Jobber und auch kein Kanonenfutter für die Bundeswehr sein. Und wir lassen uns nicht länger erzählen, dass SozialhilfeempfängerInnen oder AusländerInnen für die um sich greifende Armut in diesem Land verantwortlich sind. Wir – SchülerInnen, Azubis, junge ArbeiterInnen und Angestellte – haben uns deshalb in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend organisiert. Dabei eint uns nicht nur der tagespolitische Kampf, sondern auch die Einsicht, dass die Missstände nur dauerhaft überwunden werden können, wenn wir mit der jetzigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung brechen. Stattdessen treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die arbeitenden Menschen – und nicht eine handvoll Kapitalisten – über den von ihnen geschaffenen Reichtum entscheiden.

DAZU BRAUCHEN WIR AUCH DICH – MACH MIT IN DER SDAJ!

>> IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Landesverband Berlin/Brandenburg

V.i.S.d.P. J. Gerdes, Franz-Mehringplatz 1, Berlin

AUFLAGE 1.500
DRUCK Eigendruck
SATZ _hatuey

BASTA! ist eine SchülerInnenzeitung. VerteilerInnen sind nicht für den Inhalt verantwortlich.

NÄCHSTE AUSGABE _August 2006
REDAKTIONSSCHLUSS _05.08.06

KONKRETER KONTAKT

SDAJ-Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

E-MAIL _info@sdaj-online.de

OFFENES GRUPPENTREFFEN _Jeden Dienstag
_19.30 Uhr_Chile-Freundschaftsgesellschaft
_Jonasstr. 29, U-Hermannstr.

MARSCHBEFEHL NACH KONGO

BEIM KAMPF UM DIE ROHSTOFFQUELLEN DER WELT HAT DIE EUROPÄISCHE UNION NUN DEN KONGO FÜR SICH ENTDECKT – DEUTSCHLAND VORNEWEG.

Am 12. Juni haben die Eu-Außenminister den formalen Marschbefehl für den Kongo-Einsatz gegeben. Mit diesem Einsatz will die EU die dort am 30. Juni stattfindenden Präsidentschaftswahlen absichern. Dass bei einem großen Land mit mehr als 60 Millionen Einwohnern 1700 EU-Soldaten (darunter 780 aus Deutschland) tatsächlich demokratische Wahlen sicherstellen können ist mehr als zweifelhaft. Aber warum sollte die EU neben dieser Mission tatsächlich Truppen im Kongo stationieren wollen?

VON GOLD, SILBER UND ERDÖL

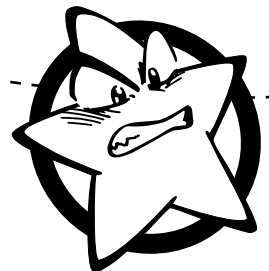
Befragt man die deutschen Politiker nach weiteren Gründen für den Einsatz deutscher Soldaten, bekommt man Interessantes zu hören. Es gehe auch um „zentrale Sicherheitsinteressen“ Deutschlands, so Bundesaußenminister Jung: „Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen - möglicherweise noch dramatischer als beim Bosnienkrieg!“ Dass die Migrationsrate aus dem Kongo in die Bundesrepublik nahezu gegen Null strebt, lässt Jung stillschweigend unter den Tisch fallen. Doch er weiß noch mehr und hat auch kein Problem, die wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Kapitals zu benennen: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ Dies deutet eher auf einen längerfristigen Aufenthalt der Truppe in Afrika hin. Zumal sich Kongo auch als militärischer Übungsplatz für die neuen EU-Battlegroups anbietet, die künftig – vor allem auf dem afrikanischen Kontinent – die geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der EU unter Führung Deutschlands durchsetzen sollen. Es geht also letzten Endes wieder mal um Kapitalinteressen, für die der Steuerzahler (der Einsatz soll mind. 50 Millionen Euro kosten – also 50 Millionen Euro, die in den Bereichen Bildung und Soziales fehlen!) und eventuell auch Soldaten mit ihrem Leben aufkommen müssen.

Dieser Kriegseinsatz der EU bringt wirklich Frieden – Frieden für die Herrschenden in Europa, um die Rohstoffvorkommen im Kongo ungehindert zu plündern. Frieden im Interesse der afrikanischen Bevölkerung kann es jedoch nur geben, wenn die europäischen und US-amerikanischen Imperialisten keinen Fuß auf den afrikanischen Kontinent setzen.



ICH WILL...

- ...MEHR INFORMATIONEN ÜBER DIE SDAJ.
- ...EIN PROBEEKEMPLAR DER POSITION (SDAJ-MAGAZIN).
- ...KONTAKT ZUR SDAJ-BERLIN.



Name, Vorname

E-Mail

Anschrift, PLZ, Ort

Telefon

AUSFÜLLEN, AUSSCHNEIDEN, EINTÜTEN UND AN UNS SCHICKEN (ADRESSE SIEHE IMPRESSUM)!